



Die Berliner Wirtschaft setzt ein Statement gegen die Ausbildungsplatzabgabe | Bild: Ingo Joseph, Pexels

Ausbildungsplatzabgabe weiterhin in der Kritik

17. März 2026

Die Berliner Wirtschaft lehnt das Gesetz zur Einführung einer [Ausbildungsplatzabgabe](#) auch mit den jetzt vorgestellten Änderungen ab. Dies haben die [Industrie- und Handelskammer zu Berlin](#) (IHK Berlin), die [Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg](#) (FG BAU), der [Handelsverband Berlin-Brandenburg](#) (HBB), [Dehoga Berlin](#), [SIBB - Verband der Digitalwirtschaft](#), die [Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg](#) (UVB) und der [Verband Freie Berufe in Berlin](#) in einer gemeinsamen Erklärung bekräftigt:

„Das Gesetz bleibt auch mit den Änderungen falsch. Die Berliner Unternehmen und Betriebe haben geliefert und innerhalb von zwei Jahren knapp 1.300 zusätzliche

Ausbildungsverhältnisse geschaffen – trotz schwierigster wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Was die Berliner Verwaltung erreicht hat, ist bislang nicht bekannt. Vor diesem Hintergrund ist für uns nicht nachvollziehbar, warum die Politik nicht die Chance nutzt, auf dem bisher Erreichten aufzubauen und nachweislich erfolgreiche Maßnahmen zur Verbesserung von Berufsorientierung und Berufseinstieg weiter zu verstärken. Die nächste Sitzung des Bündnisses für Ausbildung am kommenden Freitag wäre eine gute Gelegenheit gewesen, entsprechende Schritte gemeinsam abzustimmen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es sehr ärgerlich, dass die Regierungsfaktionen stattdessen wenige Tage vor dieser Sitzung einen Gesetzesentwurf präsentieren und - allen Einwänden zum Trotz - an diesem umstrittenen Vorhaben von zweifelhafter Wirksamkeit festhalten. Die aktuellen Änderungen führen dazu, dass die Abgaben eines kleinen mittelständischen Betriebs, der keine Auszubildenden findet, zur vollständigen Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze in einem Konzern verwendet werden können. Dieses Gesetz hilft also weder den Jugendlichen noch dem Wirtschaftsstandort Berlin, sondern führt zu zusätzlicher Bürokratie, belastet die öffentlichen Haushalte und den Preis zahlen am Ende die Berlinerinnen und Berliner über Steuern und höhere Preise, wenn Unternehmen zusätzliche Kosten weitergeben müssen.“ (red)